

Multinationale Banken und Weltwährungssystem

Einige Anmerkungen aus gewerkschaftlicher Sicht

Dipl.-Politologin Barbara Barnouin, geb. 1940, studierte Politische Wissenschaften und Wirtschaftswissenschaften in Frankreich und den USA. Seit November 1973 ist sie in der Internationalen Abteilung beim DGB-Bundesvorstand tätig.

Vorbemerkung

Die Diskussion um internationale Währungsfragen hat in der Vergangenheit zumeist autonom und außerhalb des gewerkschaftlichen Interessenbereichs stattgefunden. Die Währungskrisen sowie die inflatorischen Auswirkungen außenwirtschaftlicher Ereignisse der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, daß makroökonomische Faktoren internationaler Dimensionen einen direkten und sogar störenden Einfluß auf gewerkschaftspolitische Ziele — wie zum Beispiel die Preisniveaustabilität — ausüben können. So hat sich der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) dieser Frage angenommen und bereits vor Beginn der 1972er Jahressitzung des Internationalen Währungsfonds eine Erklärung zur internationalen Währungsreform abgegeben, in der die Notwendigkeit einer „Demokratisierung des internationalen Währungssystems“ hervorgehoben wurde und die gewerkschaftlichen Vorstellungen zu den verschiedenen Aspekten eines zukünftigen Währungssystems dargelegt wurden¹⁾.

Dabei haben sich die Gewerkschaften eine Reihe konkreter Ziele gesetzt; sie erstreben den allmählichen Abbau der Rolle von Gold und Dollar als internationale Reserve- und Verrechnungseinheit der Weltfinanz- und Produktmärkte an, befürworten den Aufbau international verwalteter Reserven, ausgehend von den Sonderziehungsrechten, die Herstellung einer Verbindung zwischen der Ausgabe von Sonderziehungsrechten und der Entwicklungshilfe („Link“) und eine größere Wechselkurselastizität durch stärkere Bandbreiten innerhalb eines Systems fester Paritäten²⁾. Schließlich sind die Rolle des Eurogeldmarktes als Drehscheibe für spekulative und systemstörende Kapitalbewegungen und die Notwendigkeit für angemessene Kontrollen dieses Marktes betont worden³⁾.

1) Presse- und Rundfunk-Dienst des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), Com. 49 — PRS E/EJ/hh — 20. September 1972, „Pressemitteilungen“

2) Ebenda, S. 1—4 3) Ebenda, S. 4

Mit der Absicht, zur Begründung der gewerkschaftlichen Forderungen nach Kontrollen des Eurogeldmarktes beizutragen, soll hier der Versuch unternommen werden, die Rolle der multinationalen Banken auf dem Eurogeldmarkt darzustellen und einige Auswirkungen dieser Aktivitäten auf binnenpolitische anti-zyklische Konjunkturmaßnahmen sowie auf die Funktionsfähigkeit des jetzigen und eines künftigen internationalen "Währungssystems aufzuzeichnen.

Kapitalbewegungen und Spekulation

Es ist viel darüber diskutiert worden, in welchem Ausmaß kurzfristigen Kapitalbewegungen auf dem internationalen Geldmarkt spekulative Motive zugrunde liegen. Träger dieser Kapitalbewegungen sind im wesentlichen die multinationalen Konzerne sowie die multinationalen Banken und die Zentralbanken.

In den folgenden Ausführungen wird zwar die Rolle der multinationalen Banken hervorgehoben — das geschieht zum Teil aus praktischen Gründen, denn sie sind im Vergleich zu den Konzernen in einem höheren Grad berichtspflichtig — sie läßt sich jedoch kaum von jener der multinationalen Konzerne trennen, als deren verlängerter Arm sie oft agieren und deren Aktivitäten deshalb eingeschlossen sind. Die Zentralbanken der Zehnergruppe und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich haben im Frühjahr 1971 die Vereinbarung getroffen, keine Erhöhungen ihrer Anlagen am Euromarkt mehr vorzunehmen.

Über den Begriff „Spekulation“ und die Intensität der Spekulation durch die Träger der Kapitalbewegungen auf dem internationalen Geldmarkt gibt es zahlreiche kontroverse Meinungen⁴). Im weiten Sinne des Wortes kann man darunter „jedes wirtschaftliche Verhalten, das von der Erwartung einer Preisveränderung (hier Wechselkursveränderungen) ausgeführt wird“ verstehen⁵). Im engeren Sinne kann man den Begriff als „die Schaffung und Aufrechterhaltung von Spekulationspositionen in Auslandswährungen ausschließlich zu dem Zweck, um einen Kapitalgewinn zu erzielen, wenn die fraglichen Währungen ab- oder aufgewertet werden“, definieren⁶). Unter dieser Formulierung lassen sich Devisengeschäfte, wie Hedging, Kurssicherungsgeschäfte und Verschiebungen von Zahlungsrhythmen bei der Finanzierung von Außenhandelsgeschäften nicht als Spekulation bezeichnen.

Die Trennung der Motive erscheint jedoch besonders in einer internationalen Krisensituation sehr schwierig, wenn nicht unmöglich. Sie ist auch von zweiträn-

4) Vgl. z. B. W. A. P. Manser, Die multinationalen Unternehmen, ihre Bedeutung für die nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkte und die nationalen Zahlungsbilanzen, Deutscher Wirtschaftsdienst John van Freyend KG, Köln 1973, S. 123 ff., S. 137—140. Hon. Peter M. Flanigan, Short-term Capital Movements in Multinational Corporations, Hearings before the Subcommittee on International Trade of the Committee on Finance, U. S. Senate, Ninety-third Congress, First Session Washington 1973, S. 18—23. Implications of Multinational Firms for World Trade and Investment and for U. S. Trade and Labor, Report to the Committee on Finance of the United States Senate and its Subcommittee on International Trade Washington 1973, S. 535 ff.

Ernst Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, Bd. 2 der Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt/Köln 1974, S. 21 f.

5) R. Stucken, „Spekulation“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 690 f.

6) Paul Einzig, Foreign Exchange Crisis, MacMillan, London, St. Martin's Press, New York 1968, zitiert in W. A. P. Manser, a. a. O., S. 137

giger Bedeutung. Wichtig ist allein die Tatsache, daß Kapitalbewegungen in ihren binnen- und außenwirtschaftlichen Auswirkungen stabilitätsgefährdend sind. Wenn zur Verringerung von Geschäftsrisiken massive Kapitalverschiebungen in die Wege geleitet werden, so handeln multinationale Banken dabei sicherlich zum Schutz ihrer Vermögenswerte, wälzen aber durch diesen Prozeß ihr Risiko auf ganze Wirtschaftssysteme über. Angesichts dieser Tatsache wird auf das Problem der Motivierung für kurzfristige Kapitalbewegungen hier nicht weiter eingegangen.

Definition der multinationalen Bank

In den zahlreichen Beiträgen zu dem Komplex der multinationalen Konzerne sind viele Versuche zur Definition solcher Konzerne gemacht worden. Kriterien für die Definition von multinationalen Banken sind dagegen schwieriger zu finden. Handelt es sich hierbei um Banken, die Tochtergesellschaften in verschiedenen Ländern haben, oder um Banken, die, obwohl nur in einem Land ansässig, Bankgeschäfte auf Geld- und Kapitalmärkten verschiedener Länder durchführen, oder aber um Banken, deren Eigenkapital multinational strukturiert ist?

In seinen jahrelangen Bemühungen, die Gründe für die mangelnde Effizienz der restriktiven Kreditpolitik in den USA zu ermitteln, hat *A. F. Brimmer*, Mitglied der amerikanischen Notenbankleitung, die amerikanischen Großbanken mit Aktivitäten auf internationalen Finanzmärkten analysiert und auf Grund einer Reihe von Kriterien eine Liste von 20 multinationalen Banken amerikanischen Ursprungs aufgestellt⁷⁾. Dabei stellte er fest, daß es sich bei diesen Banken zugleich um die 20 größten amerikanischen Geschäftsbanken handelte. Für ihre Charakterisierung als multinationale Banken ging Brimmer neben einigen binnenpolitischen Aspekten von folgenden Kriterien aus:

- Jede dieser Banken hatte ein relativ hohes Volumen von Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden zu verzeichnen.
- Diese 20 Banken hatten 75 vH aller berichtspflichtigen Devisenforderungen.
- 75 vH dieser Banken nahmen Gelder auf dem Eurodollarmarkt auf.

Mit den Veränderungen der Banktechniken im Laufe der 60er Jahre hat sich ein neuer Typ multinationaler Banken gebildet. Während sich die Geschäftsbanken der meisten Länder zunächst noch auf die traditionellen Korrespondenzbankenbeziehungen zur Finanzierung des Außenhandels konzentrierten, etablierten die US-Banken besonders in der zweiten Hälfte der 60er Jahre ihre eige-

7) Andrew F. Brimmer, *The Banking Structure and Monetary Management*, Presented before the San Francisco Bond-Club, April 1, 1970, S. 14 ff.; ders., *Commercial Bank Lending and Monetary Management*, *Journal of Commercial Bank Lending*, January 1972, S. 2—19; *Multinational Banks and the Management of Monetary Policy in the United States*, Presented before the Joint Session of the 85th Annual Meeting of the AEA and the 31st Annual Meeting of the American Finance Association, Toronto, Ontario, Canada, Dec. 28, 1972, S. 17—23

nen Niederlassungen zur schnelleren Abwicklung der Bankgeschäfte in Europa⁸). Daneben erweiterten die britischen *Merchant Banks* ihre traditionelle Rolle als Dienstleistungsbanken für das internationale Großgeschäft. Schließlich sei noch erwähnt, daß ein neuer Typ von multinationalen Banken, die sog. Konsortium-Banken, durch Beteiligung mehrerer Banken verschiedenen nationalen Ursprungs geschaffen worden ist. Der Bericht für die Finanzkommission des amerikanischen Senats zitiert 15 solcher in Europa ansässigen Konsortium-Banken⁹). Diese Banken operieren nach dem Prinzip der effizienteren Risikoverteilung, besonders im Falle größerer Anleihen und international weniger eingeführter Schuldner.

Der Eurogeldmarkt und seine Auswirkungen auf die nationale Wirtschaftspolitik

Sowohl Banken als auch der Eurogeldmarkt zeichneten sich besonders in den 60er Jahren durch ihren hohen Expansionsgrad aus. Bei dem Eurogeldmarkt handelt es sich um einen Markt, auf dem Dollars und andere konvertible Währungen bei Geschäftsbanken, die außerhalb des Ausgabelandes der jeweiligen Währungen ihren Sitz haben, kurzfristig angelegt und kurzfristig ausgeliehen werden¹⁰).

Die Entstehungsgeschichte dieses Marktes und die Aktivitäten der multinationalen Banken gehen zum großen Teil ineinander über. Zu der Entwicklung dieses Marktes haben im wesentlichen zwei — ebenfalls miteinander verbundene — Faktoren beigetragen. Man kann ihn als ein direktes Ergebnis des Interventionsmechanismus, wie er auf Grund des *Bretton Woods Systems* praktiziert wird, betrachten, ihn aber auch auf Versuche der Großbanken zurückführen, wirtschaftspolitische Maßnahmen in ihrem eigenen Land zu umgehen und ihre Opposition ins Ausland zu verlagern.

Das internationale Währungssystem von Bretton Woods sah nicht, wie von *Keynes* vorgeschlagen, ein systemeigenes internationales Verrechnungsgeld vor. Statt dessen entwickelte sich die Währung der führenden Wirtschaftsmacht, nämlich der USA, zur internationalen Leitwährung, d. h. der Währung, die als Kauf- und Verkaufswährung zur Stützung der Wechselkurse benutzt wird. Alle Zentralbanken kauften und verkauften Dollars auf den Devisenmärkten und stützten somit die Parität des Dollars innerhalb der festgesetzten Interventionspunkte, während die US-Zentralbank zur Stützung ihrer Währung erst im Laufe der letzten Währungskrisen eingegriffen hat. Auf diese Weise entwickelte sich der Dollar zu der stabilsten Währung auf dem internationalen Devisenmarkt und wurde, weil er keinen Kursschwankungen unterworfen war, sehr bald von den Geschäftsbanken als die sicherste Währung zur Durchführung ihrer Transaktionen übernommen. „Nicht, weil hinter dem Dollar das große Pro-

8) Vgl. *Implications . . .*, a. a. O., S. 5 II; die Zahl der Niederlassungen stieg in Europa von 1966 bis 1970 von 244 auf 536

9) Ebenda, S. 513 ff.

10) Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 35. Jahresbericht (1965), S. 142

duktionspotential der USA, ihre Reserven an Kapital und ihr politischer Einfluß standen, sondern weil alle nichtamerikanischen Zentralbanken täglich die Kurse dieser Dollars garantieren, avancierte er zu einer modernen zechino d'oro, leider ohne... inhärente Stabilität"¹¹). Mit dieser Entwicklung des Dollars als Reserve- und Geschäftswährung entstand zugleich ein sich ständig vergrößerndes Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz, das die Ungleichgewichte innerhalb des internationalen Währungssystems ebenfalls verstärkte.

In bezug auf den anderen für die Entstehung des Eurogeldmarktes wesentlichen Faktor, nämlich die Versuche, binnenwirtschaftliche Maßnahmen zu umgehen, ist auf die Geldpolitik der Bank von England hinzuweisen. Die britische Zentralbank erhöhte im Jahre 1957 den Diskontsatz auf 7 vH und untersagte den englischen Geschäftsbanken, sich mit Sterling an der Finanzierung des außerbritischen Handels zu beteiligen. Daraufhin verwandten die britischen Banken Dollars statt Sterling für Geschäfte dieser Art „und der Eurodollarmarkt war geboren“¹²).

Einer der wichtigsten Umgehungsversuche ging in diesem Zusammenhang von den multinationalen Banken in den USA aus, und zwar in Verbindung mit einer für die amerikanische Geldpolitik so wichtigen Verordnung der Zentralbank, der *Regulation Q*. Die *Regulation Q* verbot Zinssätze für Sichteinlagen und begrenzte Zinssätze für Termineinlagen, d. h. für Depositscheine (*Certificate of Deposit*). Bei zunehmender Liquiditätsverknappung und steigenden Zinsen stellte sich daraufhin ein starker Rückgang der Termineinlagen in den USA ein, der 1969 seinen Höhepunkt erreichte, als die US-Banken diese Einlagen mehr und mehr zu ihren Töchtern in Westeuropa verlagerten. Diese Abflüsse nach Europa wurden durch die in diesen Ländern vorherrschenden höheren Zinsen sowie dadurch, daß Mindestreserven für Fremdwährungsverbindlichkeiten nicht vorgeschrieben waren, besonders attraktiv gemacht¹³).

Da die Zentralbank der USA, das *Federal Reserve Board*, andererseits die Mindestreserven für Einlagen erhöhte, diese aber nicht auf die Verbindlichkeiten der US-Banken gegenüber ihren ausländischen Töchtern ausgedehnt hatte, fand ein Rückfluß von kurzfristigen Kapitalien in die USA statt, wo die Banken, da für diese Anleihen keine Mindestreserven erforderlich waren, sie wieder mit höherem Zinssatz ausleihen konnten. Somit wurden die Maßnahmen der *Federal Reserve Board* in Hinsicht auf Kreditverknappung weitgehend durch die internationale finanzielle Integration neutralisiert. Auf dieses neue Phänomen reagierte das *Federal Reserve Board*, wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, indem es auch die Verbindlichkeiten von US-Banken gegenüber

11) Wilhelm Hankel, *Währungspolitik, Geldwertstabilisierung, Währungsintegration und Sparerenschutz*, Kohlhammer-Verlag, 2. Auflage, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972, S. 154

12) Ebenda, S. 181

13) Vgl. *Implications . . .*, a. a. O., S. 468 f.; Brimmer, *Multinational Banks*, S. 11, 14, 25; ders., *The Banking Structure*, S. 20 f.

den Töchtern den gleichen Mindestreservebestimmungen wie die sonstigen Einlagen unterwarf¹⁴⁾). Regulation Q exemplifiziert u. a. die unkoordinierte Zinspolitik der verschiedenen Regierungen, die als solche einen starken Anreiz für die Umgehungsversuche der multinationalen Banken darstellten.

Ein anderes Beispiel ergibt sich aus der Diskrepanz zwischen der US-Diskont-rate und der der Bundesrepublik in den Jahren 1970/71. Während in diesen Jahren in den USA die Diskontrate herabgesetzt wurde und somit die Kreditbremsen gelockert wurden, stand man in der BRD einem wirtschaftspolitischen Zielkonflikt gegenüber. Zum Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz wäre ein niedriger Zinssatz notwendig gewesen, die Konjunkturdämpfung erforderte jedoch restriktive Kreditpolitik und somit hohe Zinssätze. Da der Konjunkturdämpfung der Vorrang gegeben wurde, fanden massive zinsinduzierte Zuflüsse von kurzfristigen Geldern in die BRD statt. Außerdem deckten, wie die Bundesbank¹⁵⁾ berichtete, deutsche Unternehmen ihren Kreditbedarf während der gleichen Periode mehr und mehr auf dem Eurogeldmarkt. Da diese Kredite innerhalb des deutschen Bankensystems in DM umgetauscht wurden, erhöhten sich auf diese Weise die Dollarguthaben bei der Deutschen Bundesbank. Die Folge war die Neutralisierung der stabilitätsbedingten Maßnahmen der Bundesbank durch die inflatorischen Wirkungen der Kreditschöpfung durch den Eurogeldmarkt.

An diesen Beispielen kommt der störende Einfluß des Eurogeldmarktes auf die binnenpolitische antizyklische Konjunkturpolitik auf dem Gebiet der Geldpolitik zum Ausdruck. Dieser Markt „stellt ein multinationales Bankensystem ohne zentrale Steuerungsinstanz dar — vergleichbar dem System der deutschen ‚Zettelbanken‘ vor der Einführung einer nationalen Währungsordnung“¹⁸⁾.

Kurzfristige Kapitalbewegungen und das internationale Währungssystem

Seit 1967 zeigt das internationale Währungssystem mangelnde Stabilität, wobei die Währungskrisen der Jahre 1971 und 1973 in ihrer Heftigkeit und in ihren Auswirkungen die bedeutendsten waren.

Schon im Zusammenhang mit der Krise von 1971 stellte sich die Frage, in welchem Ausmaß kurzfristige Kapitalbewegungen zu dieser Krise beigetragen haben könnten. *Bernstein*, in seiner Aussage vor der vom UN-Generalsekretär einberufenen Sachverständigen-Kommission über multinationale Unternehmen, beurteilt die Lage wie folgt: „Wenn man die Entwicklung der Zahlungsbilanzen der wichtigsten Handelspartner während der letzten Jahre betrachtet, fragt man sich, warum die Spekulanten solange gewartet haben, um aus dem Dollar und dem Sterling rauszusteigen und auf DM und Yen umzusteigen. Die

14) Brimmer, *Multinational Banks*, S. 46 ff.

15) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1970

16) Hankel, a. a. O., S. 187

Verantwortung für die letzten Währungskrisen liegt nicht bei den Spekulanten, die preiswerte Devisen einkauften und teure verkauften, sondern bei den Regierungen, die sich weigerten, den schwerwiegenden Ungleichgewichten in den Zahlungsbilanzen Rechnung zu tragen. Die Spekulanten haben nicht etwa ein gesundes Wechselkursystem umgebracht, sie haben vielmehr die Regierungen ermutigt, ein bereits totes System zu begraben."¹⁷⁾

In bezug auf die Krise von 1973 divergieren die Meinungen zu diesem Punkt jedoch nur noch wenig. Sogar eine konservative Quelle wie die Bank für internationalen Zahlungsausgleich sieht in den Kapitalverschiebungen des 1. Quartals 1973 eine „neue Welle der Spekulation gegen den Dollar von noch nie dagewesenen Ausmaßen"¹⁸⁾, und die Bundesbank stellt fest, daß „von der Washingtoner Währungskonferenz bis zum März 1973 die Partnerländer der USA 20 Mrd. Dollar zur Stützung des Dollarkurses hereingenommen haben"¹⁹⁾.

Das Ausmaß der Kapitalbewegungen auf dem Eurogeldmarkt ist zweifellos sehr schwer zu schätzen. Eine amerikanische Untersuchung hat das Volumen kurzfristiger Liquiditäten, die durch die multinationalen Banken und Konzerne in Bewegung gesetzt werden könnten, errechnet und ist für das Jahr 1969 auf 162 Mrd. Dollar, für 1970 auf 212 Mrd. Dollar und für 1971 auf 268 Mrd. Dollar gekommen²⁰⁾ und hat zugleich hervorgehoben, daß eine Kapitaltransaktion von nur 1 vH dieser Summe, also 2,7 Mrd. Dollar, und die z. B. auf Grund von Erwartungen einer Wechselkursveränderung stattfinden könnte, bereits ausreicht, um eine internationale Währungskrise hervorzurufen. Die Summe von 268 Mrd. Dollar in Händen von politisch völlig unkontrollierten Privatbanken und Gesellschaften übersteigt um das Doppelte die Summe aller internationalen Reserven der Zentralbanken und internationalen Währungsinstitutionen der Welt²¹⁾.

Ein großer Teil der Dollarzuflüsse während der Währungskrisen ist zweifellos direkt aus den USA gekommen, wobei der Eurogeldmarkt als Drehscheibe funktioniert hat. 1971, so Bernstein, stiegen die Dollarabflüsse, die von US-Banken zu ihren Niederlassungen außerhalb der USA transferiert wurden, auf 5 Mrd. Dollar. Nichtamerikanische Geschäftsbanken zogen während des gleichen Jahres Einlagen in Höhe von 2 Mrd. Dollar aus den USA zurück. Im ersten Quartal von 1973 transferierten US-Banken beinahe 600 Mill. Dollar zu ihren ausländischen Niederlassungen, während nichtamerikanische Banken 1,3 Mrd. Dollar aus den USA zurückzogen²²⁾. Die Internationalisierung des Geldverkehrs hat somit eine

17) E. M. Bernstein, *Multinational Corporations and the Exchange Crises*, Sept. 13, S. 11 18) Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 43. Jahresbericht, S. 25

19) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1972, S. 31

20) Diese Ziffern beziehen sich auf Banken und Konzerne der USA, der acht an die Bank für internationalen Zahlungsausgleich berichtenden europäischen Länder sowie Kanadas und Japans, die sich auf dem internationalen Geldmarkt betätigen. Ausgenommen sind Konzerne, die ihren Stammsitz außerhalb der USA haben, da über diese keine entsprechenden Informationen vorhanden sind. Die Zahlen stellen die Summe aller kurzfristigen Aktiva der Banken und Konzerne dar. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken sind ausgenommen.

21) *Implications . . .*, S. 45

22) Bernstein, a. a. O., S. 4

im wesentlichen belastende Wirkung auf das internationale Zahlungsgleichgewicht ausgeübt. Bisher hat sich die Bewältigung der Währungskrisen auf ein kurzfristiges „Krisenmanagement“ durch die betroffenen Regierungen beschränkt, und besonders in Europa hat man mit verschiedenen Regulierungstechniken in bezug auf kurzfristige Kapitalbewegungen experimentiert. Um nur einige Beispiele zu nennen:

1. Die Spaltung der Devisenmärkte, wobei Transaktionen der Bilanz der laufenden Posten, also der kommerzielle Bereich, durch feste Kurse reguliert werden, während in dem finanziellen Kapitalverkehrsbereich freie Kurse zugelassen werden;
2. Errichtung von Mindestreserven für Bankverbindlichkeiten und -forderungen in Fremdwährungen;
3. Maximale Zinssätze für Einlagen, die sogar negativ sein können.

Schlußfolgerungen aus gewerkschaftlicher Sicht

Bei der Schaffung einer neuen Währungsordnung wird man sich mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, daß ein gewisser Grad internationaler Integration der Geld- und Kapitalmärkte bereits stattgefunden hat und das Zusammenwachsen westlicher Industrieländer durch eine gewisse Überwindung der „monetären Kleinstaaterei“²³⁾ in dem Bereich der Kreditpolitik symbolisiert.

Dennoch ist der Ruf der Gewerkschaften nach Kontrollen dieses Euromarktes durchaus berechtigt. In einer zukünftigen Währungsordnung, die einen möglichst hohen Grad von Stabilität aufweisen soll, muß der Euromarkt, der ein frei gewachsenes Gebilde darstellt, durch die Regierungen in den Griff bekommen werden, da er sich trotz seiner Leistungsfähigkeit für Banken und Konzerne störend auf nationale Politiken auswirkt. Dabei muß der Zusammenhang zwischen der internationalen Währungsordnung über den Eurogeldmarkt bis hin zu den nationalen Politiken beachtet werden, da die verschiedenen Glieder dieser Kette ineinander übergehen und letztlich zu negativen Auswirkungen auf gewerkschaftliche Prioritäten innerhalb der nationalen Wirtschaftspolitik führen können.

Die gewerkschaftlichen Interessen, die hier auf dem Spiel stehen, können kurz in zwei Punkten zusammengefaßt werden: Zunächst sind Kontrollen eines Machtzentrums, wie sie auf dem Euromarkt existieren, ein Teil der gewerkschaftlichen Strategie gegenüber den multinationalen Konzernen. Hier geht es vor allem um Transparenz und Mitwirkung im gesamtwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß. Zweitens sind Preisstabilität und ein geordneter Außenhandel, d. h. ein Außenhandel, der nicht ständig durch die von Währungskrisen hervorgerufenen Unge-
wißheiten gestört wird, gerade für eine Wirtschaft mit starkem Außenhandels-

20) Hankel, a. a. O., S. 189

anteil von nicht zu unterschätzender Bedeutung, denn ein währungspolitischer Umbruch könnte zu Strukturveränderungen unvorhergesehenen Ausmaßes führen.

Wie ebenfalls aus der eingangs genannten Erklärung des IBFG hervorgeht, können staatliche Kontrollen allein das Problem des Eurodollarmarktes nicht bewältigen. Dazu wäre Kooperation zwischen den Regierungen, ihren Notenbanken und den entsprechenden internationalen Institutionen — wie der Internationale Währungsfonds oder die geplante Europäische Wirtschafts- und Währungsunion — notwendig. Durch Koordinierung der nationalen Geld- und Kreditpolitiken in Richtung einer Vereinheitlichung dieser Instrumente sollte weiteren Umgehungsversuchen durch multinationale Banken und Konzerne entgegengewirkt, sowie zur Internationalisierung der Geld- und Kreditpolitik im Rahmen einer dafür geeigneten internationalen Institution beigetragen werden. Hier besteht ein Bereich, in dem die Gewerkschaften auf die nationalen Regierungen einwirken sollten, damit auch auf diesem oft als sehr esoterisch betrachteten Gebiet der Währungspolitik die langfristigen gewerkschaftlichen Interessen berücksichtigt werden.